

**Anlage zum Angebot vom**

Vergabe-Nr.:

Eigenerklärung

- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir nicht zahlungsunfähig bin/sind und über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren eröffnet oder beantragt ist. Ebenso wenig ist ein Antrag auf Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden. Ich/Wir befinde/n mich/uns nicht in Liquidation und habe/n meine/unsere Tätigkeit nicht eingestellt.
- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen habe/n.
- Ich/Wir bestätige/n, dass ich/wir bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für mich/uns geltenden rechtlichen Verpflichtungen einhalte/n, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung entrichte/n, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einhalte/n und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindeststundenentgelts gewähre/n, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Ich/Wir bestätige/n, die Mindeststandards der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten und einzuhalten.
- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen habe/n, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Ich/Wir bestätige/n, dass aufgrund meiner/unsere Teilnahme am Vergabeverfahren kein Interessenskonflikt besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte.
- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir nicht in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens (insbesondere der Erstellung der Vertragsunterlagen, der Leistungsbeschreibung und/oder der Schätzung des voraussichtlichen Auftragswertes) einbezogen war/en.
- Ich/Wir bestätige/n dass ich/wir keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages oder Konzessionsvertrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt habe/n und dies zu keiner vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.
- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind oder dies nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde.
- Ich/Wir bestätige/n, dass ich/wir im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schweren Verfehlungen begangen habe/n, die meine/unsere Zuverlässigkeit und Integrität in Frage stellen. Insbesondere, dass keine Person, deren Verhalten meinem/unsere Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mich/uns eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) rechtskräftig festgesetzt oder wegen einer Straftat nach:

§ 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland; Erweiterter Verfall und Einziehung), § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung oder Teilnahme an dieser, auch im Hinblick auf § 89a Abs. 2 Nr. 2 StGB -Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), § 263 StGB (Betrug), § 264 StGB (Subventionsbetrug), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung, auch in Verbindung mit § 335a StGB – Ausländische und internationale Bedienstete), Art. 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel), § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels), § 370 Abgabenordnung (Steuerhinterziehung).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten.

Ein oder mehrere der vorgenannten **Ausschlussgründe treffen auf mich/uns zu**. Ein Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren ist meiner/unseres Erachtens, angesichts der **nachvollziehbaren Ausführungen in meinem/unserem Angebot** zu der Art des Ausschlussgrundes, den gem. § 125 GWB ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen oder/und des seit der rechtskräftigen Verurteilung oder des betreffenden Ereignisses gem. § 126 GWB vergangenen Zeit, nicht gerechtfertigt.

Ich/Wir bestätigen, dass die im Angebot in Bezug auf die Ausschlussgründe sowie die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegebenen Erklärungen zutreffend sind.

Die vorliegenden Bewerbungs- und Vertragsbedingungen erkenne/n ich/wir an.

Der/Die Unterzeichnende bestätigt, dass er/sie berechtigt ist, für den Bieter rechtsverbindliche Erklärungen abzugeben.

<p>Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung gemäß Datenschutz (sofern es sich bei dem / der Bieter um natürliche Personen handelt)</p>

Die nachfolgende Einwilligungserklärung ist von derjenigen Person abzugeben, deren personenbezogenen Daten für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs erforderlich sind. Die Daten sind zur Anlage eines „Partnerkontos“ und Abwicklung des Zahlungsverkehrs über die vom Auftraggeber verwendete Finanzbuchhaltungssoftware erforderlich. Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Daten erfolgt ausschließlich zu diesem Zweck. Lediglich die Bankdaten werden an die Landeskasse sowie die am jeweiligen Überweisungsvorgang beteiligten Banken weitergegeben. Eine darüber hinausgehende Weitergabe der Daten unsererseits findet nicht statt. Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Aus der Nichterteilung bzw. dem Widerruf der Einwilligung folgt der Angebotsausschluss vom Vergabeverfahren bzw. die Kündigung des Vertrages, da die Voraussetzung zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Vertragsverhältnisses fehlen.

Ich willige gegenüber dem LISA (Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung - Auftraggeber) in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner personenbezogenen Daten im Falle der Auftragserteilung ein und erkläre gleichzeitig, Inhaber der nachgenannten personenbezogenen Daten zu sein. Von der Einwilligung sind folgende personenbezogene Daten erfasst: Name, Vorname, Firmenname, Anschrift sowie Bankdaten (IBAN, BIC). Nach erfolgter Zahlung werden die vorgenannten Daten zur Abwicklung des Verfahrens/Vertrages sowie auch im Falle der Nichtbeauftragung nach § 18 Abs. 1 lit. c AktO (Aktienordnung für die Landesverwaltung von Sachsen-Anhalt) für 5 Jahre schriftlich in einer Akte aufbewahrt und dann vernichtet. Zusätzlich verweisen wir auf die Allgemeine Datenschutzerklärung des LISA (siehe Anlage).

<p>Firmen-/Bieterbezeichnung</p>
<p>Vorname, Name (Zeichnungsbefugten)</p>
<p>Ort</p>
<p>Datum</p>

(TEXTFORM nach § 126b BGB)